

Betreff

Dezernat/e

Bericht zum Beschluss

Nr.

vom

Erforderliche Stellungnahmen

Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung
Kämmerei
Frauenbeauftragte nach HGIG
Frauenbeauftragte nach HGO
Sonstiges

Rechtsamt
Umweltamt: Umweltprüfung
Straßenverkehrsbehörde

Beratungsfolge

(wird von Amt 16 ausgefüllt) **DL-Nr.**

Kommission	nicht erforderlich	erforderlich
Ausländerbeirat	nicht erforderlich	erforderlich
Kulturbeirat	nicht erforderlich	erforderlich
Ortsbeirat	nicht erforderlich	erforderlich
Seniorenbeirat	nicht erforderlich	erforderlich

Magistrat Eingangsstempel
Büro d. Magistrats

Tagesordnung A Tagesordnung B

Umdruck nur für Magistratsmitglieder

Stadtverordnetenversammlung

nicht erforderlich	erforderlich
öffentlich	nicht öffentlich

wird im Internet / PIWi veröffentlicht

Anlagen öffentlich

Anlagen nichtöffentlich

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind
keine finanziellen Auswirkungen verbunden
finanzielle Auswirkungen verbunden (→ in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

Prognose Zuschussbedarf

HMS-Ampel	rot	grün	abs.: in %:
-----------	-----	------	----------------

II Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Budget verfügte Ausgaben (Ist)

Investitionscontrolling	Investition	Instandhaltung	abs.:
			in %:

III Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten budgettechnische Umsetzung

[illegible]

Bei Bedarf Hinweise | Erläuterung (max. 750 Zeichen)

B Kurzbeschreibung des Vorhabens (verpflichtend)

(Die Inhalte dieses Feldes werden [außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen] im Internet/Intranet veröffentlicht. Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Ergänzende Erläuterungen, soweit erforderlich, siehe D. Begründung, Pkt. II)

Die Teilfragen Nr. 2 und Nr. 3 der Anfrage der CDU Rathausfraktion nach § 45 der GO der StvV zur Bildung des Grundbudgets betreffen den Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung des Magistrates und sind deswegen der Überwachung der Stadtverordnetenversammlung nicht zugänglich.

C Beschlussvorschlag

Der Magistrat möge beschließen:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Teilfrage 1 der Anfrage mit Beschluss des Magistrates 0638 vom 21.10.2025 beantwortet wurde.
2. Die Stellungnahme des Rechtsamtes zur Zulässigkeit der Teilfragen 2 und 3 (Anlage zur Sitzungsvorlage) wird zur Kenntnis genommen.
3. Der Magistrat stimmt der Rechtsauffassung des Rechtsamtes zu. Die Teilfragen 2 und 3 werden deswegen nicht beantwortet.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

4. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Beschlüsse des Magistrates zur Kenntnis.

D Begründung

Die inhaltliche Begründung ist bitte der Stellungnahme des Rechtsamtes zu entnehmen.

Bestätigung der Dezernent*innen

Dr. Schmehl
Stadtkämmerer